



# Soziale Offensive für ein gerechtes Land

Für eine Politik, die allen  
eine Perspektive bietet

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

# Inhaltsverzeichnis

Für ein Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit	3
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle	5
Gute Arbeit verwirklichen – Arbeitslosigkeit bekämpfen	7
Bezahlbare Mieten könnten wieder möglich sein	9
Gesundheitssystem sozial gerecht machen	11
Kinder- und Jugendhilfe stärken	13
Bildung ist mehr wert	15
Kommunen wieder handlungsfähig machen	17
Kampf den Vorurteilen und Rassismus	19
Finanzierung	20

## Für ein Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit



Jahrzehntelang haben die meisten Menschen optimistisch in die Zukunft geschaut. Sie gingen davon aus, dass die nachfolgende Generation in größerem Wohlstand würde leben können als sie selbst. Das ist lange vorbei. Unsere Gesellschaft wird vom Neoliberalismus zerfressen, Zuversicht

und das Vertrauen in die Zukunft schwinden rapide, an ihre Stelle treten immer mehr Zukunftsängste. Dies bildet einen gefährlichen Nährboden für ein Erstarken der Rechtspopulisten. Dieser bedrohliche Trend muss umgekehrt und endlich wieder mehr soziale Sicherheit politisch durchgesetzt werden.

Weil der Sozialstaat seinen Namen nicht mehr verdient, hat sich die Unsicherheit weit in die Mittelschicht hineingefressen. Ein solches Klima der Angst ist schlecht für gewerkschaftliche Arbeitskämpfe und dringend notwendige Lohnerhöhungen – die Angst vor dem vorprogrammierten Absturz bei Arbeitsplatzverlust schwächt die Position der Arbeitnehmer. Stattdessen macht es die Starken noch stärker, fördert Lohndrückerei und erhöht die Profite der Konzerne sowie die Dividendeneinnahmen der Superreichen.

Das hat Folgen. Inzwischen besitzt das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Es untergräbt die Demokratie, wenn neoliberale Parteienkartelle gegen die Interessen der großen Mehrheit ihre Politik unaufhörlich durchsetzen können. Vor vier Jahren haben sich fast 80 Prozent unserer Bevölkerung für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgesprochen. Trotzdem traut sich – außer der LINKEN – keine andere Partei im Bundestag, sich mit den Reichen anzulegen.

DIE LINKE im Bundestag hat der SPD immer angeboten, mit ihr zusammen den Sozialstaat wieder herzustellen. Bisher sind die

Sozialdemokraten aber darauf nicht glaubwürdig eingegangen. Jüngstes Beispiel ist die Vermögenssteuer: Ohne eine angemessene Reichenbesteuerung lässt sich eine Erneuerung des Sozialstaats nicht nachhaltig solide finanzieren. Ein »Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit« muss klar verständliche Vorschläge in einer wirklichen Reformagenda machen, von der die Menschen glaubhaft eine Verbesserung ihrer Situation erwarten können.

Die folgende Fünf-Punkte-Deklaration kann die Basis für eine dringend notwendige und grundsätzlich andere Innen- und Außenpolitik sein. Für eine Politik, die nicht mehr spaltet, sondern die allen in diesem Land und in Europa eine Perspektive bietet. Wir laden jede und jeden dazu ein, mit uns für einen sozialen Neustart zu kämpfen – inner- und außerhalb des Parlaments:

- 1.** Vom Lohn der Arbeit muss man leben können, und ein Arbeitsplatzverlust darf nicht zu sozialem Absturz führen. Daher sind eine deutliche Anhebung des Mindestlohns, die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Dauerbefristungen, Leiharbeit und Werkverträgen nötig.
- 2.** Die gesetzlichen Rentenansprüche aus einer normalen Erwerbsbiographie müssen den Lebensstandard im Alter sichern und insbesondere Altersarmut verhindern. Deshalb muss die öffentliche Förderung der Riester-Rente beendet und stattdessen das gesetzliche Rentenniveau angehoben werden.
- 3.** Der vorhandene gesellschaftliche Reichtum, der sich in wenigen Händen konzentriert, muss für alle nutzbar gemacht werden. Als Instrument dafür ist die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre alternativlos, um mit diesen Milliardeneinnahmen eine Stärkung des Sozialstaats und dringend notwendige Investitionen in die Zukunft zu finanzieren.
- 4.** Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren und endlich Fluchtursachen wirklich bekämpfen. Das bedeutet: deutsche Waffenexporte verbieten, Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und das sofortige Ende der Unterstützung von Interventionskriegen.
- 5.** Die Europäische Union braucht einen demokratischen Neustart. Statt Konzernlobbykratie, Bankenrettungen und diktierten Kürzungen von Löhnen und Renten muss der soziale Fortschritt in Europa wieder in den Mittelpunkt gestellt werden.

*Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht  
sind Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.*

## Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle



Der Sozialstaat wird in der Bundesrepublik seit Jahren immer weiter abgebaut. Die Infrastruktur befindet sich oft in einem desolaten Zustand. Der Staat ist immer schlechter dazu in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Und statt guter Arbeit, von der man leben kann, gibt es immer mehr prekäre Jobs. Die Herausforderung im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration Hunderttausender Flüchtlinge hat noch einmal deutlich vor Augen

geführt, wie groß die Kluft zwischen mangelhaftem sozialpolitischem Angebot und gesellschaftlichem Bedarf tatsächlich ist. Die Diskrepanz zwischen der haltlosen Predigt des »Wir schaffen das« der Kanzlerin und der bitteren Realität in den Kommunen, denen die Bundesregierung die notwendigen Mittel dafür vorenthält, wird täglich offenbar. Auf diesem Nährboden werden Rechtspopulisten immer stärker. Diesen menschenfeindlichen Trend können wir nur umkehren, wenn wir wieder mehr soziale Sicherheit politisch durchsetzen. Dafür steht DIE LINKE. im Bundestag.

Um allen Menschen eine Chance auf ein gutes Leben zu geben, braucht es »eine soziale Offensive für alle«. DIE LINKE hat dazu einstimmig einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drucksache 18/9190). Für eine wirkliche Wende hin zu einem starken Sozialstaat ist es unabdingbar und ökonomisch sinnvoll, die jährlichen Ausgaben für soziale Leistungen und öffentliche Investitionen um mindestens 100 Milliarden Euro zu erhöhen. Die Mehrausgaben sind durch eine höhere Besteuerung von Vermögen ab einer Million Euro und von Kapitaleinkünften sowie durch die Schließung von Steuerschlupflöchern zu finanzieren.

Die Schaffung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit ist die große Herausforderung dieser Tage. DIE LINKE. im Bundestag steht für eine soziale Wende in Deutschland und legt sich dafür mit den Mächtigen und Reichen an. Unterstützen Sie uns dabei. Nur so schaffen wir das.

*Sevim Dağdelen,  
Beauftragte für Migration und Integration der Fraktion DIE LINKE.*



In Deutschland hat sich die Langzeiterwerbslosigkeit verfestigt.

## **Ausgrenzung am Arbeitsmarkt**

Viel zu vielen Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende sowie Migrantinnen und Migranten werden ausgegrenzt. Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn, Werkverträge und Minijobs prägen zunehmend die Arbeitslandschaft. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverträge auf insgesamt 2,7 Millionen verdreifacht. Die Anzahl der Minijobbern ist in den vergangenen zehn Jahren um 11,7 Prozent gestiegen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote und Beschränkungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen.

## **Gute Arbeit verwirklichen – Arbeitslosigkeit bekämpfen**

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich für einen ausnahmslosen existenzsichernden Mindestlohn von 12 Euro ein. Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen und Kettenbefristungen müssen abgeschafft, Leiharbeit perspektivisch verboten und Werkverträge streng reguliert werden. Die Tarifbindung wollen wir stärken und Betriebsräte vor Union Busting schützen. Der Personalbestand im öffentlichen Dienst ist anzuheben, zudem sind 300 000 öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete zu schaffen. Arbeitgeber sind wieder stärker an den Kosten der Förderung von Langzeitarbeitslosen zu beteiligen.

Vermittlung und Qualifizierung werden durchgehend auf eine nachhaltige Integration in gute sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Ausbildung ausgerichtet. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I wird deutlich verlängert. Sperrzeiten und Sanktionen werden abgeschafft. Hartz IV wird durch eine sanktionsfreie, individuelle und bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung ersetzt. Unter 1.050 Euro netto droht Armut.

Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft. Asylbewerberinnen und -bewerber bekommen Zugang zum Mindestsicherungssystem und sofort nach ihrer Ankunft die Möglichkeit, Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen. Das Arbeitsverbot in den ersten drei Monaten entfällt. Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer der Berufsausbildung. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wird vereinfacht.

DIE LINKE. im Bundestag kämpft dafür, dass die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichert. Dazu wird das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben. Die Rente für Geringverdienende wird verbessert, indem die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristet wird. Die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Beziehende werden auf der Basis des halben Durchschnittsverdienstes aus Steuermitteln entrichtet. Zur Vermeidung von Altersarmut muss zudem eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente für alle in Deutschland lebenden Menschen eingeführt werden, die aus Steuermitteln finanziert wird. Unter 1.050 Euro netto droht Armut.



Wohnungen sind zunehmend unbezahlbar. Dagegen demonstrieren Mieterinnen und Mieter nicht nur, wie hier, in Berlin-Kreuzberg

## **Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware**

Seit 1994 hat der Bund 352 000 Wohnungen veräußert. Von den 3 Millionen Sozialwohnungen im Jahr 1990 gibt es heute noch 1,3 Millionen. Seit sieben Jahren steigen in Stuttgart die Mieten schneller als die Einkommen. In Großstädten wie Hamburg, München oder Berlin sind die Mieten in den letzten Jahren um bis zu 50 Prozent gestiegen. Die sogenannte Mietpreisbremse bremst nicht, so liegen in Berlin die Vermietungspreise 31 Prozent über dem laut Mietpreisbremse erlaubten Quadratmeter-Preis. Im Ergebnis werden damit Menschen aus ihrem gewohnten Wohngebiet vertrieben und dazu gezwungen in städtische Randbezirke umzuziehen, da sie sich ihre bisherigen Wohnungen schlicht nicht mehr leisten können. Bezahlbare Mieten könnten wieder möglich sein können.

## **Bezahlbare Mieten könnten wieder möglich sein**

Durch die politisch gewollte drastische Reduzierung der Mittel für den Sozialen Wohnungsbau und das Auslaufen der Belegungsbindungen fehlen heute mehrere Millionen Sozialwohnungen. Deswegen fordert DIE LINKE. im Bundestag 5 Milliarden Euro pro Jahr für den Neustart des Sozialen gemeinnützigen Wohnungsbaus. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen durch Neubau oder Kauf von Belegungsbindungen entstehen. Die Mittel sollen vorwiegend öffentlichen Wohnungsgesellschaften (Bund, Länder, Kommunen) und Genossenschaften zu Gute kommen.

Bisher gibt es für Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern bezuschusst wurden, eine Belegungsbindung von 15 Jahren. Danach können die Wohnungen frei am Markt meistbietend feilgeboten werden und die Mieten steigen rasant. Deshalb bedarf es dauerhafter Belegungsbindungen. Es muss gelten: Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich strikt dafür ein, die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in menschenunwürdigen Massenunterkünften zu stoppen. Integration beginnt beim Wohnen und das heißt mit der Einbindung in städtische und ländliche Wohnstrukturen. Dazu sollten alle Möglichkeiten einer dezentralen, privaten Unterbringung genutzt werden. Ebenso wichtig ist die Nutzung von leerstehenden Wohnungen.

Wohnraum darf nicht zu einem Anlageprodukt verkommen. Wohnen ist ein nach dem Grundgesetz zu schützendes Menschenrecht. DIE LINKE. im Bundestag setzt sich für bezahlbares und barrierefreies Wohnen für alle Menschen ein.



»Mehr von euch ist besser für alle« ist das Motto der bundesweiten Bettentour der Fraktion, bei der mit Parkuhren versehene Krankenhausbetten den wachsenden Kommerz in Arztpraxen, Apotheken und Krankenhäusern versinnbildlichen.

## Defizite im Gesundheitssystem

In den vergangenen Jahren wurden Gesundheit und Pflege noch stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profitstreben und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden. In Kliniken und Krankenhäusern herrscht aufgrund von Personal-mangel vielerorts Pflegenotstand. Zu wenig Personal und schlechte Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern führen zu einer Verschlechterung der Gesundheitsleistung, unter der alle Patientinnen und Patienten zu leiden haben. Geflüchteten werden Leistungen vorenthalten, ihren besonderen Bedarfen aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen wird in der Praxis nicht ausreichend Rechnung getragen.

## **Gesundheitssystem sozial gerecht machen**

Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Für dieses Ziel setzt sich DIE LINKE. im Bundestag ein. Es geht um die optimale Behandlung für die Patientinnen und Patienten. Deshalb wollen wir eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in der alle versichert sind und Beiträge auf alle Einkommen zahlen. So könnte der Beitragssatz in der Krankenversicherung von derzeit 15,7 Prozent auf 10,56 Prozent gesenkt werden, bei Abschaffung des Zusatzbeitrags und aller Zuzahlungen. Für Erwerbstätige mit einem monatlichen Einkommen unter 7.000 Euro würde dies eine Entlastung bedeuten. Wer kein Einkommen hat, erhält einen beitragsfreien eigenständigen Versicherungsschutz. Das gilt auch für die bisher Familienversicherten, Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe. In Deutschland angekommene Geflüchtete ohne Einkommen, die bislang in den ersten 15 Monaten Leistungen der Sozialämter erhalten, erhalten ebenfalls Versicherungsschutz. Der Bund trägt wie bei ALG-II-Beziehenden die Kosten.

Durch eine gerechte und solidarische Finanzierung würden Spielräume entstehen, um die Versorgung zu verbessern und Beschäftigte im Gesundheitsbereich und in der Pflege besser zu bezahlen. Für eine umfassende ambulante und stationäre Versorgung in ländlichen und in sozial benachteiligten Gebieten müssen neue, regionale Konzepte entwickelt werden.

DIE LINKE. im Bundestag kämpft dafür, dass Asylsuchende bei der Erstaufnahme zügig medizinisch untersucht und gesundheitlich versorgt werden. Die Beschränkung der medizinischen Versorgung auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände beinhaltet Risiken für Leib und Leben. DIE LINKE. im Bundestag fordert, dass alle in Deutschland lebenden Menschen nichtdiskriminierende Gesundheitskarten erhalten. Die Kosten dafür muss der Bund vollständig übernehmen. Die psychologische und psychotherapeutische Versorgung von Traumatisierten und Folteropfern muss endlich gewährleistet und spezielle Mehrbedarfe von Geflüchteten in der medizinischen Versorgung und in der Pflege abgedeckt werden. Das betrifft insbesondere die Versorgung mit Hilfsmitteln und Rehabilitationsmaßnahmen, qualifizierte kultursensible Pflegeleistungen sowie eine umfassende gesundheits- und pflegebezogene Beratung.



Ein Plan mit einem Tagesablauf ist am 16. Oktober 2014 in Nürnberg (Bayern) an der Wand einer Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu sehen.

## Probleme bei der Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in den vergangenen Jahren immer weitere Aufgaben übertragen bekommen. Gleichzeitig wird in diesen Bereichen regelmäßig gespart, zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung, bei den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienberatungsstellen und der Sozialarbeit. Gekürzt wurde auch bei den originären Aufgaben der öffentlichen Träger, etwa der Personalausstattung in den Jugendämtern und den Allgemeinen Sozialen Diensten. Aktuell lässt sich beobachten, dass die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen als Anlass genommen wird, die Standards in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt abzusenken.

## Kinder- und Jugendhilfe stärken

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich für eine Stärkung der gesamten Kinder- und Jugendhilfe ein. Dadurch sollen die Rechte der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien gestärkt und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet werden.

Wir fordern, den Ausbau der Kinderbetreuung zu verstärken, insbesondere auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder müssen unabhängig von der Situation der Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erhalten. Dazu bedarf es eines Kitaqualitätsgesetzes und einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Die Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden müssen ausgebaut werden. Um die Schließungen von Einrichtungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten rückgängig zu machen, braucht es ein Sonderprogramm des Bundes. Die Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit sowie von Beratungsangeboten müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein. Um Kinder und Jugendliche an die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe heranzuführen, soll ein Sonderprogramm zur Stärkung der Straßensozialarbeit/Mobilen Jugendarbeit aufgelegt werden.

DIE LINKE. im Bundestag ist der Auffassung, dass die Situation in den Jugendämtern und Allgemeinen Sozialen Diensten dringend verbessert werden muss. Der Personalbestand muss angehoben und die Angebote für Leistungen müssen ausgebaut werden. Dazu bedarf es einer rechtlichen Klarstellung, dass individuelle Rechtsansprüche, wie zum Beispiel auf Hilfen zur Erziehung und für Familien, nicht budgetiert sein dürfen und nicht in das Leistungsdreieck der Kinder- und Jugendhilfe eingegriffen werden darf.

Für DIE LINKE. im Bundestag endet die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe nicht mit der Vollendung des 18. Lebensjahres der Jugendlichen. Es ist durch rechtliche Klarstellung darauf hinzuwirken, dass Jugendliche auch über das 18. Lebensjahr hinaus Unterstützung aus der Kinder- und Jugendhilfe erfahren können. Der bestehende Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe ist durch ein Programm für ausgebildete Fachkräfte zu reduzieren. Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen zu verbessern.



Der Zugang zu Bildung soll unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein

## Unterfinanziertes Bildungssystem

In Schulen bröckelt der Putz von den Wänden, Orte für Freizeitgestaltung verfallen oder werden einfach so geschlossen, für den Ausbau von Ganztagschulen fehlt das Geld, Hörsäle an Unis sind überfüllt oder die Heizung wird nicht eingeschaltet. Kommunen und Länder sagen, ihnen fehle durch die verankerte Schuldenbremse das nötige Geld, um die Missstände zu beheben. Selbst CDU/CSU und SPD erkennen die Notlage. Aber wenn es konkret wird, verstecken sie sich fadenscheinig hinter dem sogenannten Kooperationsverbot im Grundgesetz. Dieses besagt, dass es grundsätzlich keine Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern geben darf.

## Bildung ist mehr wert

In dem jüngst veröffentlichten Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung kommt die Autorin zu dem Schluss, dass im Vergleich zu anderen Ländern besonders in Deutschland der Schulabschluss der Kinder von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Und vom Schulabschluss ist der spätere Job, das Einkommen abhängig. Deswegen ist ein gleichberechtigter Zugang zur Bildung die grundlegende Voraussetzung, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben – unabhängig von Herkunft, Abstammung, Aufenthaltsstatus oder Behinderung. DIE LINKE. im Bundestag setzt sich für eine individuelle Förderung der Schüler ein und streitet für den Umbau der Schulen zu modernen Gemeinschaftsschulen. Ohne die Verbesserung der sozialen Lage von Kindern und ihrer Familien und ohne den Ausgleich der finanziellen Defizite im Bildungssystem ist ein gutes Bildungssystem für alle Kinder nicht zu schaffen.

DIE LINKE. im Bundestag fordert mehr Kindertagesstätten, eine frühzeitige und vom Aufenthaltsstatus unabhängige Schulpflicht sowie eine sinnvolle Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder. Vermehrte Angebote an berufsbildenden Schulen für Schülerinnen und Schüler, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eine Erleichterung für Quereinsteiger in die Schul- und Bildungslaufbahn und ein Investitionsprogramm »Inklusive Schule«, um bestehende Schulen schnellstmöglich in barrierefreie Schulen umzubauen.

Um die nötigen Verbesserungen im Bildungssystem und die dringend erforderliche Sanierung von Schulen und Betreuungseinrichtungen sowie den Ausbau von Studien- und Wohnheimplätzen finanzieren und umsetzen zu können, will DIE LINKE. im Bundestag die sofortige Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Der Bund darf die überforderten Länder und Kommunen nicht im Stich lassen und muss hilfsweise im Rahmen eines Bund-Länder-Programms die finanziellen Kosten mittragen. Die Gemeinschaftsaufgabe Bildung soll grundgesetzlich verankert werden.



Absperrung vor dem Erlebnisbecken im sanierungsbedürftigen Hallenbad in Ismaning

## Kommunen fehlt das Geld

Bei den Kosten für Integration werden die Kommunen vom Bund im Stich gelassen. Sie haben mittlerweile Kassenkredite in Höhe von 50 Milliarden Euro aufgenommen. Ihr Investitionsrückstand beträgt 120 bis 130 Milliarden Euro. Ein dringend benötigter Ausbau oder die Sanierung von Straßen, Schulen oder Jugendclubs bleibt aus, da schlicht das Geld fehlt. Die Preise im öffentlichen Personennahverkehr steigen Jahr für Jahr; ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, existiert nur in wenigen Kommunen. Schwimmbäder werden geschlossen, Turnhallen und Sportplätze marodieren vor sich hin. In finanzschwachen Kommunen ist die Qualität des Lebens so für alle reduziert, Integration von Geflüchteten kaum zu stemmen.

## Kommunen wieder handlungsfähig machen

Um Integration und Investitionsrückstände finanzieren zu können, fordert DIE LINKE. im Bundestag die finanzielle Unterstützung des Bundes, damit dringend benötigte Zukunftsinvestitionen in Angriff genommen werden können. Auch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer wird dazu dienen, dass die Kommunen langfristig mit planbaren Einnahmen kalkulieren können. Damit Länder und Kommunen unabhängiger und handlungsfähiger werden, sind Förderprogramme nötig, die die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in den Bereichen Wohnen und Energie fördern, zum Beispiel durch seniorengerechte, barrierefreie, quartiersbezogene oder energetische Sanierung. So könnten Kommunen ihre Einnahmenseite gezielt verbessern, Arbeitsplätze schaffen, und die Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt.

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich dafür ein, dass der ÖPNV ausgeweitet wird, um die Mobilität von allen zu ermöglichen. Andernfalls können immer mehr Menschen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Ferner ist die Einführung eines Nulltarifs beim ÖPNV vor Ort jeweils zu prüfen.

Sport kann zusammenführen und Raum bieten sich kennenzulernen, weshalb den 90 000 Sportvereinen in Deutschland eine gesellschaftlich wichtige und integrative Aufgabe zukommt. Der Bund darf sich da nicht aus der Verantwortung stellen. Deshalb ist es wichtig, dass Gelder zur Sanierung von Sport- und Freizeitstätten, aber auch für Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und -leiter zur Verfügung gestellt werden, um auf die spezielle Situation der zu Betreuenden eingehen zu können.

Länder und Kommunen bleiben in der Verantwortung, Integration vor Ort zu organisieren. DIE LINKE. im Bundestag kämpft dafür, dass der Bund die Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Geflüchteten während des Asylverfahrens übernimmt und darüber hinaus für die Kosten während der Übergangszeit, bei unbegleiteten Minderjährigen, Flüchtlingen mit Behinderung und traumatisierten Flüchtlingen aufkommt.



Wie hier in München wird bundesweit für mehr Toleranz und gegen Ausgrenzung demonstriert

## **Spaltung der Gesellschaft und Rassismus**

Die herrschende Politik der vergangenen 20 Jahre hat nicht nur zu einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, sondern auch zu einer tiefen sozialen Spaltung geführt. Entsolidarisierung und beständiger Konkurrenzdruck haben Tendenzen zur Verrohung und Brutalisierung von Sprache und Denken deutlich verstärkt, die sich vor allem gegen Geflüchtete, aber auch andere Gruppen von Menschen richtet. Diese verbale Brutalität schlägt immer mehr auch in reale Gewalt um, wie der Anstieg von Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte zeigt. Wer suggeriert, Geflüchtete würden sich der Integration verweigern, vertieft diese Tendenz und spaltet die Gesellschaft.

## Kampf den Vorurteilen und Rassismus

DIE LINKE. im Bundestag fordert, zivilgesellschaftliche Gruppen zu unterstützen, die in Regionen arbeiten, in denen es häufig zu rassistischen Übergriffen kommt. Diese Gruppen prägen aktiv das Miteinander, beeinflussen vor Ort die Stimmung positiv und setzen sich gegen Vorurteile ein. Darunter fallen insbesondere die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus und die Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt.

Eine anti-rassistische pädagogische Arbeit muss in vorschulischen Einrichtungen und Schulen systematisch verankert werden, damit Kinder früh das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung oder Religion, unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität sowie mit körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigung erleben.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich nach den Erfahrungen mit dem NSU-Komplex als untaugliche Behörde erwiesen. Als wichtige Konsequenz daraus setzt sich DIE LINKE. im Bundestag auf Bundesebene dafür ein, einen polizeiunabhängigen Beschwerde- und Untersuchungsmechanismus und ein Bleibe-recht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt zu etablieren. Grundsätzlich müssen polizeiliche Vorschriften und Gesetze daraufhin geprüft werden, inwieweit sie eine rassistische Polizeipraxis hervorbringen und damit rassistische Haltungen in der Polizei und in der Bevölkerung stärken. Menschen dürfen nicht wegen ihrer äußeren Erscheinung im Fokus polizeilicher Kontrollen stehen.

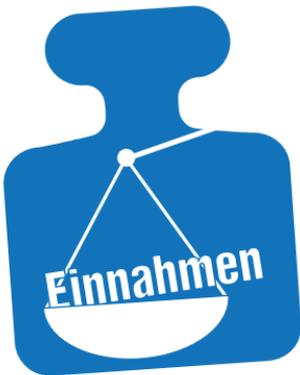
Statt das Recht auf Asyl immer weiter einzuschränken, kämpft die DIE LINKE. im Bundestag dafür, dass die sozialen Menschenrechte ins Grundgesetz aufgenommen und die revidierte Europäische Sozialcharta ratifiziert werden.

Die Menschen in Deutschland brauchen keine Stimmungsmache, sondern eine soziale Integrationspolitik in Verknüpfung mit einer Erneuerung des Sozialstaats für alle.

# Gerechtigkeit Gewicht geben

## Finanzierung

Häufig unterstellen andere Parteien der Fraktion DIE LINKE, sie fordere Luftschlösser und ihre Forderungen seien nicht finanzierbar. Aber an der unten angefügten Aufstellung wird dargestellt, dass die Forderungen durchaus finanzierbar sind, wenn man nur will. Das Geld für ein besseres Leben für alle ist vorhanden, es muss nur von oben nach unten umverteilt werden:



**80 Milliarden Euro** Millionärssteuer

**5 Milliarden Euro** Erbschaft- und Schenkungssteuer

**35 Milliarden Euro** angemessene Unternehmensbesteuerung

**30 Milliarden Euro** Finanztransaktionssteuer

**13 Milliarden Euro** Verbesserung des Steuervollzugs

**15 Milliarden Euro** Gemeindefinanzierungssteuer

**8,5 Milliarden Euro** Abbau umweltschädlicher Subventionen, u. a. steuerliche Gleichstellung von Dieselmotoren

**6,9 Milliarden Euro** Senkung des Verteidigungsetats

**11 Milliarden Euro** zulässige Nettokreditaufnahme



- 2,7 Milliarden Euro** Integrationszukunftsprogramm
- 2,7 Milliarden Euro** zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- 40 Milliarden Euro** Verbesserung der Leistungen bei Hartz IV
- 30 Milliarden Euro** Rentengerechtigkeit
- 6,4 Milliarden Euro** sozialer gemeinnütziger Wohnungsbau, energetische Gebäudesanierung, Wohngelderhöhung
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Arbeitsmarktpolitik
- 8,4 Milliarden Euro** Hochschul- und Berufsbildung
- 4 Milliarden Euro** Gesundheitspolitik
- 22,5 Milliarden Euro** Kinderarmut bekämpfen
- 1 Milliarde Euro** Rechte für Menschen mit Behinderungen
- 7,6 Milliarden Euro** Verkehrsinvestitionen
- 11 Milliarden Euro** Breitbandausbau
- 2,6 Milliarden Euro** Sportstätten und Bäder
- 2,3 Milliarden Euro** Wasserversorgung
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Friedenspolitik
- 36 Milliarden Euro** Investitionen in Schulen, Kita-Ausbau, Qualität der Erziehung und Betreuung in Kitas, Weiterbildung

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, Jan Korte  
Redaktionsschluss: 6. Februar 2017

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

# SOZIALE OFFENSIVE FÜR EIN GERECHTES LAND

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

- Kommunen handlungsfähig machen ■ Bezahlbaren Mietraum schaffen ■ Bildung für alle ohne soziale Ausgrenzung ermöglichen
- Gute Arbeit verwirklichen statt Arbeitslosigkeit verwalten
- Gesundheit und Pflege stärken ■ Kinderbetreuung und Jugendhilfe ausbauen ■ Integration beschleunigen
- Rassismus und Fremdenhass entgegentreten

**[www.linksfraktion.de/soziale-offensive](http://www.linksfraktion.de/soziale-offensive)**

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)